

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. ohne Zuzug. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Girokonto Nr. 3. — Postkontokonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die Leichterposten 25 Pf. oberhalb der Hauptmannschaft 3 Pf., im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Einzelanfertigung Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 122

Sonnabend den 27. Mai 1922

88. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachungen.

Holzversteigerung: Höckendorfer Staatsforstrevier.

Im Gasthofe zu Ruppendorf, Montag den 29. Mai 1922 vorm. 1/2 10 Uhr: 1928 w. Stämme b. 36 cm, 4 h. Höhe 18/48 cm u. 1901 w. Höhe 7/36 cm. Rahlhölzer in Abt. 28 u. 29 u. Einzelhölzer in Abt. 1, 2, 8, 10, 20, 25, 27, 28, 31, 34, 37, 41, 42, 47, 49 u. 50.

Forstrevierverwaltung Höckendorf und Forstrentamt Tharandt, am 23. Mai 1922.

Bekanntmachung.

Infolge der anhaltenden außerordentlichen Steigerung aller Unkosten werden vom 1. Juni 1922 ab bei der hiesigen Girokasse erhoben:

- ein Unkostenbeitrag je nach Eigenart des Kontos in Höhe von $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{4}$ % von der Lastschriftenseite, fälschlich aber mindestens 20 M.
- für Einzugsungen von Rückkunden mittels Zahlcheines:

bis	M.	100	M.	0,50
über	"	100	bis M. 500	" 1,—
"	"	500	" 1000	" 2,—
"	"	1000	" 2000	" 3,—
"	"	2000	" 5000	" 4,—
"	"	5000	"	" 5,—

Schmiedeberg, am 24. Mai 1922.

(Bez. Dresden) Die Girokassenverwaltung.

Vertilches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Der Himmelfahrtstag ist so recht zum Wandertag geworden. In vielen Vereinen und Vereinen rüstet man für diesen Tag zur allgemeinen Wanderung schon lange Zeit vorher. Seit langer, langer Zeit unternimmt unser Männergesangsverein zur Himmelfahrt seine Herrenpartie. Oft führte sie die Mitglieder nach Böhmerland. Diesmal war Königstein das Reiseziel. Bei der Deutschen Turnerschaft ist dieser Festtag ebenfalls allgemeiner Wandertag. Auch die beiden hiesigen Vereine zogen hinaus. Und umgekehrt hatten viele als Wanderziel unsere Stadt gewählt, teils auch nur zur Rast für weiteren Weg. Die Eisenbahnzüge waren gut besetzt. Auch waren die üblichen Vor- bez. Nachzüge eingelegt. Das Wetter war günstig, vielleicht zum Wandern etwas zu warm. Ein kurzes Gewitter am Nachmittag gegen 3 Uhr brachte nur wenig Regen, kaum für wenige Minuten den Staub zu löschten, und auch nur geringe Abkühlung. — Heute Freitag war an unserer Bürgerschule allgemeiner Wandertag; um 7 Uhr, die Kleinsten erst um 8 Uhr, zogen die einzelnen Klassen bei günstigem Wetter hinaus, teils nach der Heide, der Tallperre usw. Gegen Mittag kehrten die meisten wieder zurück.

Am Himmelfahrtstage fand in „Stadt Dresden“ die Hauptversammlung des Bezirksobstbauvereins statt, die an Stelle des durch Unwohlsein am Erscheinen verhinderten 1. Vorsitzenden, Amtshauptmann v. d. Planitz und im Auftrage des 2. Vorsitzenden Baumeister Schmidt von Medizinalrat Dr. Endler mit Erstattung des Jahresberichts über 1921 eröffnet wurde. Nach demselben zählte der Verein am Jahreschluss 278 Mitglieder. Die Jahresrechnung ergab einen günstigen Abschluss, besonders erfreulich war es, daß der finanzielle Ertrag des Mustergartens ein höherer war, als man im Vorausschlag eingestellt hatte. Die von den Rechnungsprüfern, Erbgerichtsbesitzer Lehmann und Gutsbesitzer Erhardt in Reinholdshain für richtig befundene Rechnung auf 1920 wurde gutgeheißen, und die von 1921 diesen beiden Herren wiederum zur Prüfung übergeben. In den Vorstand wiedergewählt wurden Lehrer Günther, Oberlehrer Fleischer, Stadtrat Siebold, neugewählt an Stelle des wegen Alters eine Wiederannahme verweigerten Privatassistenten Oskar Käser, Amtsstrahnenmeister Hertel und Kaufmann Gottschall für den verstorbenen Protokurist Sid, dessen Verdiensten als Kassierer ehrend gedacht wurde. Als Abgeordneter in den Landesauschuß beauftragte man Amtshauptmann v. d. Planitz, Dekonomierat Welde und Medizinalrat Dr. Endler. Einen für die Öffentlichkeit wichtigen Antrag brachte Sanitätsrat Dr. Rünzel—Reinhardtsgrimma ein, nämlich Mittel und Wege zu finden, den Obstertag des Staates und der Gemeinde den Bewohnern des Bezirks zu angemessenen Preisen zuzuführen. Dieser Antrag soll, von

dem Verein befürwortet, an die Amtshauptmannschaft weitergegeben werden. (Unsere Stadterwaltung hat schon in den letzten Jahren im Sinne dieser Anregung gehandelt und sich dadurch um die Ernährung der Stadteinwohner sehr verdient gemacht.) Im Anschluß an den geschäftlichen Teil hielt Wanderlehrer Pfeiffer—Dresden, einen Vortrag über „Pflanzung, Pflege und Verwertung des Beerenobstes“. Redner, der wegen seiner angenehmen, fließenden Vortragsweise stets gern gehört wird, und auf Grund seiner theoretischen Klarheit und praktischen Erfahrung immer recht beachtenswerte Fingerzeige zu geben vermag, empfahl als besonders rentabel den Anbau von Stachelbeersträuchern. Von Johannis- und Himbeeren sei ein höherer Preis zu erzielen, wenn der darausgewonnene Wein und Saft verkauft würde. Sorgfältige Vorbereitung und starke Düngung des Bodens, nicht zu enge Pflanzung, verständnisvolles Beschneiden, Bekämpfung der Schädlinge sei bei allen Beerensträuchern zu fordern. Der mit großem Beifall aufgenommene Vortrag regte eine lebhafte Aussprache an, die aus Erfahrung entsprungene Bestätigungen und Ergänzungen brachte. An die Versammlung schloß sich eine Besichtigung des Mustergartens.

Die heißen Tage haben auch die Schlangen aus ihren Schlupfwinkeln hervorgeholt, und sie können sich auf Wegen oder am Wegesrande. Kreuzottern scheint es dies Jahr recht viel zu geben, wenigstens wurde uns von verschiedenen Seiten von häufigem Vorkommen berichtet. Da die Not der Zeit Rinder und Erwachsene vielfach zum Barfußgehen zwingt, ist im Walde doppelte Vorsicht geboten. Und nicht nur dort, sogar auf der Straße in der Stadt ist eine Otter beobachtet worden.

Die von Herrn Dr. Niebold—Höckendorf abgehaltenen Beratungsstunden der beiden Lungenfürsorgestellen der Wohlfahrtspflegebezirke Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde und Stadt Dippoldiswalde und Ung. werden künftig nicht mehr jeden 1. und 3. Dienstag, sondern jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat stattfinden und zwar für den Wohlfahrtspflegebezirk der Stadt Dippoldiswalde und Umgegend vormittags von 8—1/2 10 Uhr und für den Wohlfahrtspflegebezirk der Amtshauptmannschaft im Anschluß daran von 1/2 10—12 Uhr. Alle Bewohner der beiden Wohlfahrtspflegebezirke, welche die Beratungsstunden aufsuchen wollen, werden darauf hingewiesen, entsprechend ihrer Zugehörigkeit zu dem betreffenden Pflegebezirk sich rechtzeitig zur angegebenen Zeit dort einzufinden.

Nächsten Sonntag findet im Gasthof Pöschendorf die Frühjahrsvorversammlung der Militärvereine des Bezirks Dippoldiswalde statt.

Eine gute Kirchernte ist in diesem Jahre zu erwarten. Gleichwohl ist nicht mit niedrigen Preisen zu rechnen, da die Pachtgebühren wie auch die Pflückerlöhne gegenüber dem Vorjahre erheblich gestiegen sind.

Obercarsdorf. Es sei nochmals auf die am nächsten Sonntage stattfindende Hallen- und Platzweide des hiesigen Turnvereins (D. T.) hingewiesen. Sonnabend findet im hiesigen Gasthofe Begrüßungsabend statt, an dem verschiedene Bezirksvereine mitwirken werden. Sonntag früh wird der Verein durch eine kurze Gedächtnisfeier am Kriegerdenkmal seine Gefallenen ehren. Von 8 bis 12 Uhr findet dann auf dem neuen Platze ein vielseitiges Wettkommen der Turner und Turnerinnen des Bezirks statt. Um 2 Uhr beginnt der Festzug, dem sich die Weide des Platzes und der Halle durch Gauvertreter Flohr anschließt. Allgemeine Freiübungen der Turner und Turnerinnen, Sondervorführungen, Spiele und Siegerehrung folgen. Ein Ball in der Frankenhöhle Ullersdorf und im Gasthofe Obercarsdorf beschließen den Tag. Das Fest ist durch verschiedene Ausschüsse schon seit langer Zeit vorbereitet; alle Festbesucher werden mit dem Gebotenen zufrieden sein.

Schmiedeberg. Mütterberatungsstunde findet Mittwoch den 31. Mai 1922 nachmittags 2—3 Uhr in der Schule statt.

Kalkenhain. Nächsten Sonntag findet die Weide unseres Kriegerehrenmales statt. Das Ehrenmal ist entworfen von Architekt Köppler—Dresden. Die Bildhauerarbeiten waren Bildhauer Wahl—Glashütte übertragen. Die Ausführung erfolgte in Rochlitzer Porphyr in Form einer 2,60 Meter hohen dreieckigen Säule. Der Entwurf hat dem Verein Heimatlichkeitsvorgelegen und ist von diesem in hervorragender Weise begutachtet worden. In den Stein sind die Namen von 15 Gefallenen in hellgrün ausgelegter Antiquaschrift eingearbeitet.

Johnsbach. In einer am 20. d. M. abgehaltenen Versammlung der Jagdgesellschaft Johnsbach, hiesige Seife, wurde die Jagd dem bisherigen Pächter Rittmeister v. Lütfich auf Varenstein, dessen Pachtzeit am 1. September

1923 abläuft, auf weitere 6 Jahre übertragen zum Preise von 6000 M. pro Jahr, welcher sich bei etwaigem Steigen des Getreidepreises ebenfalls entsprechend erhöht.

Glashütte. Mit den Bauarbeiten zur wesentlichen Erweiterung der Deutschen Uhrmacherschule ist soeben begonnen worden. Die 1878 gegründete Schule bezog 1881 ihr eigenes Heim, das aber nur halb so viel nutzbare Fläche hatte, als ihr Gründer Moritz Grohmann geplant hatte. Die Einrichtung neuer Abteilungen, die Anhäufung von Sammlungen, Modellen, Apparaten, die Bücherei, die Materialverwaltung, zweckmäßigere Raumverteilung und stetig wachsende Schülerzahl machten die Vergrößerung der Fachschule unbedingt notwendig. 1919 wurde von der Firma Rose & Köhle der erste Plan entworfen. Heute entsteht ein reiner Zweckbau, der noch für 28 Schüler Wohnung bergen soll. Finanziert wird der Erweiterungsbau nach langwierigen Verhandlungen durch den Staat unter Beteiligung der Gemeinde, des Zentralverbandes deutscher Uhrmacher, der Industrie und einer Vereinigung der Freunde der Deutschen Uhrmacherschule.

Dresden. Weitere Erhöhung der Milchpreise im Juni. Die Preiskommission des landwirtschaftl. Landesverbandes hat in ihrer am 22. Mai in Dresden abgehaltenen Sitzung auf Grund der heutigen hohen Verwertungsbedeutung der Milch bei deren Verarbeitung zwecks Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Frischmilch beschlossen, die Vollmilcherzeugerpreise für die Zeit vom 1. bis mit 15. Juni 1922 wie folgt festzusetzen:

- bei Lieferung sauber gewonnener, gut gereinigter und gefilterter Vollmilch (unverändert, wie sie von der Kuh kommt)
 - ab Stall an Händler M. 5,90 f. d. Liter
 - frei Verlade- bez. Abgangstation, Molkerei oder Sammelstelle bei einer Entfernung bis 5 km über 5 M. 5,70 f. d. Liter
 - bei Lieferung von Vollmilch, die erst in der Sammelstelle gefiltert wird M. 5,90 f. d. Liter
 - bei von einer Landmolkerei erfolgten Lieferung molkeermäßig behandelte, in einwandfreier Beschaffenheit einliefernde Vollmilch frei Abgangstation M. 6,84 f. d. Liter

Die Regelung der Kleinhandelspreise für Städte und ländliche Gemeinden erfolgt in gleicher Weise wie bisher.

Im Freistaate Sachsen haben anders lautende Preise oder Preisregelungen nur dann Gültigkeit, wenn sie vom M. L. B. genehmigt und in dessen Namen bekannt gegeben worden sind.

Döbeln. Zu dem auch von der „Weißeritz-Zeitung“ gemeldeten Mord wird jetzt amtlich gemeldet: Eine graubraune Mordtat hat sich in Döbeln zugetragen. Der Reichswehrsoldat Fritz Venne hatte mit der 20 Jahre alten Fabrikarbeiterin Charlotte Heide aus Döbeln ein Verhältnis, das nicht ohne Folgen geblieben war. Er hatte das Mädchen für den 16. Mai abends in die Stadt bestellt, um sich mit ihr auszusprechen. Das Mädchen ist auch zu dem Stellidchein gegangen, aber nicht wieder zurückgekehrt. Venne bestritt erst, mit dem Mädchen zusammengewesen zu sein, als ihm dies aber widerlegt werden sollte, gab er zu, mit ihr einen Spaziergang nach der Mulde unternommen zu haben. Dort sei es plötzlich von ihm fortgelaufen und in die Mulde gesprungen. Am 23. Mai früh 7 Uhr wurde die Leiche der Heide aus der Mulde gezogen. Am gleichen Tage traf der Oberstaatsanwalt Dr. Asmus aus Freiberg mit dem Kriminalkommissar der Landeskriminalpolizei Pirwitz in Döbeln ein, die sofort mit dem Kriminaloberwachmeister Kunath in Döbeln Erörterungen vornahm. Venne leugnete hartnäckig, die Heide in die Mulde gestossen zu haben und beteuerte auch, als er an die Leiche der Heide geführt wurde, seine Unschuld. Hierauf wurde er an den Tatort geführt und legte nach langem hartnäckigen Leugnen, da ihm verschiedene Widersprüche nachgewiesen werden konnten, ein Geständnis ab. Hiernach hat er, um sich den Unterhaltsansprüchen zu entziehen, den Entschluß gefaßt, die Heide aus der Welt zu schaffen. Bereits am 13. Mai d. J. war er mit ihr nach der Mulde gegangen, konnte aber seinen Mordplan nicht durchführen, da er von dem ihm bekannten Wächter erkannt worden war. Am 16. Mai abends gegen 10 Uhr ging er wieder mit der Heide nach der Mulde. An einer steil abfallenden und besonders tiefen Stelle stellte er sich der Heide gegenüber, küßte sie und gab ihr dabei einen derartig scharfen Stoß vor die Brust, daß sie rücklings ins Wasser fiel. Sie stieß einen lauten Schrei aus und verschwand im Wasser.

Nach einer kleinen Weile tauchte ihr Kopf noch einmal aus dem Wasser empor, um nach wenigen Sekunden wieder zu verschwinden. Der Mörder blieb noch 5 Minuten am Ufer stehen und entfernte sich dann mit der Gewissheit, daß die Heide ertrunken war. Noch am selben Abend schrieb er an die von ihm so erbärmlich ermordete, einstige Geliebte einen Brief, dem er sein Lichtbild beifügte und sie fragte, warum sie nicht zum Steildischen gekommen sei. In diesem Briefe befinden sich folgende Stellen: „Ich habe eingesehen, daß ich oftmals im Unrecht war und will nun versuchen, wieder gutzumachen, was ich an Dir verbrochen habe. Schreibe bald wieder. Gute Nacht!“

Frankenberg. Zum Waffensfund im alten Brauereigebäude kurz vor dem Osterfeste wird mitgeteilt, daß die angefertigten Erörterungen endgültig ergeben haben, daß die Waffen nicht Zivil-, sondern Reichswehreigentum waren und daß sie auf Anordnung an die Reichstreubandgesellschaft zum Zwecke der Vernichtung abgeliefert worden sind, soweit ihre Unbrauchbarkeit nicht schon durch die Verrostung eingetreten war.

Eibenstock. Im Winter hielt sich in einem Hotel der Umgebung ein Paar auf, das sich als Dr. Köhn und Frau aus Charlottenburg ins Fremdenbuch eingetragen hatte. Die Frau verschwand eines Tages. Später stellte es sich heraus, daß sie die Geliebte des Dr. Köhn war, die aus Hamburg stammte. Ihre Angehörigen stellten Nachforschungen nach ihrem Verbleiben an, in deren Verfolg Dr. Köhn verhaftet wurde. Jetzt hat die Polizei bei einer Durchsuchung der Umgebung die Leiche der Frau gefunden. Sie weist zwei Kopfschüsse auf. Ein Revolver lag bei der Leiche.

Weißenberg. Ein großes Fischsterben wurde am Sonnabend und Sonntag im hiesigen Löbauer Wasser beobachtet. Massenhaft wurden die zum Teil halbtothen Fische von der Bevölkerung geborgen. Die Ursache des Fischsterbens ist noch nicht bekannt.

Sitzung des Bezirksausschusses zu Dippoldiswalde

In der am 24. Mai unter dem Vorsitz des Amtshauptmanns v. d. Planitz abgehaltenen 8. diesjährigen öffentlichen Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde umfasste die Tagesordnung nebst Nachtrag 46 Punkte. Der Vorsitzende begrüßte die bis auf den entscheidend fühlenden Bürgermeister Sieber-Gesing erschienenen Mitglieder und nahm vor Eintritt in die Tagesordnung Gelegenheit, eine von der Stadt Glashütte dem Bezirke gemeldete und mit einem sehr geschmackvollen Rahmen versehene photographische Aufnahme über die Probefahrt der staatlichen Kraftwagenlinie Dippoldiswalde-Glashütte bei ihrem Eintreffen in Glashütte am 30. September 1921, mit Worten des Dankes vorzulegen. Nach Eintritt in die Tagesordnung berichtet der Amtshauptmann über die derzeitige Erwerbslosenziffer im Bezirke. Erfreulicherweise sind hiernach nur noch wenig Erwerbslose und zwar 13 männliche (7 in Dippoldiswalde und je 1 in Händendorf, Jinnwald, Glashütte, Kreischa, Schmiedeberg und Wilmnsdorf) sowie 42 weibliche (9 in Dippoldiswalde, 31 in Kreischa und 2 in Händendorf) vorhanden. Von den männlichen Personen ist der größte Teil erwerbsbeschränkt und die weiblichen Erwerbslosen entkommen meist der Strobbutindustrie und sind wegen ihrer meist zahlreichen Familie, die sie nicht gut verlassen können, schwer in anderen Gegenden unterzubringen. Wenn auch infolge Zurückgehens der Erwerbslosenziffer auch der monatliche Unterhaltungsaufwand wesentlich gesunken ist, so ist doch andererseits zu berücksichtigen, daß der Bezirk und die Gemeinden insofern erheblich belastet bleiben, als sie zu den produktivsten Erwerbslosenfürsorge zu leisten haben. So beträgt z. B. allein der Zuschuß zum dem augenblicklich im Bau befindlichen Bauabschnitt im Pöbelsal für den Bezirk und die Gemeinden je 133 250 M. Hierzu kommen dann noch die Zuschüsse zu den Bauabschnitten auf der Strecke Obercarsdorf-Buschmühle und bei Altenberg, so daß die im Haushaltpläne über das Bezirksvermögen für 1922 eingestellte Summe von 400 000 M. für Erwerbslosenfürsorge keineswegs zu hoch beziffert ist. An den Bahnbauten sind zurzeit beschäftigt 12 Vorarbeiter, 194 Arbeiter beim Bahnbau Schmiedeberg-Pöbelsal, 4 Vorarbeiter, 65 Arbeiter beim Bahnbau Altenberg. Weiter berichtete der Vorsitzende eingehend über den Sachstand bezüglich der Vergütungssteuerfreiheit zwischen Bezirk und Stadt Dippoldiswalde und empfahl einen von den städtischen Kollegien bereits angenommenen Vergleich in Höhe von je 50%, während deren Forderung ursprünglich auf 100% Pauschalsteuer und 50% Einkommensteuer gelaufen hatte. Der Bezirk dagegen gibt dabei von seiner Forderung nur 10% auf. Der Bezirksausschuß erklärte sich mit diesem Vergleiche einverstanden. Endlich berichtete der Vorsitzende noch über die Maßnahmen der Amtshauptmannschaft betr. der künftigen Kartoffelverföhrung. Hiernach ist bereits jetzt versucht worden, und zwar zum Teil schon mit Erfolg, die größeren Kartoffelerzeuger des Bezirkes zu bewegen, ihre Herbstkartoffeln im Wege des Vertrages den größeren Gemeinden und Betrieben des Bezirkes zu einem später noch festzustellenden Durchschnittspreis zu überlassen. Es wird dabei nicht nur der Händlernutzen, sondern vor allem der hohe Aufwand für Fracht erspart, wenn die Bezirksbevölkerung nicht gezwungen ist, ihren Kartoffelbedarf von auswärts zu decken. Der Bezirksausschuß stimmte dieser Maßnahme voll und ganz zu und sprach die zuversichtliche Hoffnung aus, daß beide Teile, Landwirte sowohl wie Gemeinden, in ihrem wohlverstandenen eigenen Interesse den vorgeschlagenen Weg so zeitig wie möglich bestreiten möchten. Genehmigt wurden sodann die Nachträge zu den Gemeindefürsorgeordnungen für Hermdorf b. D., Dönschen, Wörnersdorf, Schlotzow, Kreischa, Wilmnsdorf, Schmiedeberg, Händchen und Beerwalde, das Regulativ über das Meldewesen im amtschauptmannschaftlichen Bezirke, die Ortsgefeße über die Deffentlichkeit der Gemeinderatssitzungen in Oberbätsch und Sepde, das Gesetz des Erwerbsbeschränkter Arnold-Ehle Krone um Erlaubnis zur Veränderung seiner Stauanlage durch Einbau einer Franzispiraturlinie, die Neufestsetzung der Gehälter der Gemeindevorstände zu Oberbätsch, Gombien, Zimmelsdorf und Freitenau, das Ortsgefeß der Gemeinde Reichenau über die Bewährung einer Ruhegehaltsentschädigung an den bisherigen Gemeindevorstand Hähnel und seine Hinterbliebenen, den 3. Nachtrag zum Ortsgefeß über die Errichtung einer Freibank in Kreischa und die Ortsgefeße der Gemeinden Holzhausen und Dönschen über die Erhebung einer Ortsabgabe von sogenannten Sommerfrischlern. Genehmigung fanden weiter das Gesetz des Bezirksfeuerwehrverbandes Dippoldiswalde um eine Weibliche zu dem Besuche des diesjährigen Schiffschen Feuerwehrtages in Verdau, die Besuche des Fischhändlers und Schwerkräftigbeschränkter Seidel-Freital-Deuben um Erlaubnis zum Ausschank alkoholfreier Getränke in der in Waller an der Talperre errichteten Verkaufsstelle, des Gasthofbesizers Franz Reinecke-Ripsdorf zur Abhaltung von einer Anzahl von Tanzabenden im Sommer 1922 in der sogenannten Teilkuppe in Ripsdorf und des Baumeisters Frisch-Dippoldiswalde zum Ausschank von alkoholfreien Getränken am sogenannten Familien-Strandbad an der Talperre in Waller. Die Berufsmöglichkeit des Gemeindevorstandes zu Reichardt wurde anerkannt, eine Berufung aus Glashütte in Zuwachssteuerfachen kostenpflichtig verworfen, das Gesetz

des Maurers und Baunternehmers Friedrich Pehold-Obbra um Zulassung seines fortbildungspflichtigen Sohnes Alfred zum Tanzmusikspielen des jugendlichen Alters halber abgelehnt, das Gesetz des Fremdenheimbesizers Ernst Otto Lanneberger-Ripsdorf um Erlaubnis zum Ausschank sowie zum Ausschank alkoholfreier Getränke in dem Grundstück Nr. 14 der Ortsliste für Ripsdorf genehmigt, der Ausschank von Bier aber mangels Bedarfs abgelehnt, das Gesetz der Gemeinde Kreischa um Aufnahme eines Darlehens von 5000 M. aus der eigenen Sparkasse befürwortet und das Gesetz des Bäckermeisters Alfred Rausch-Wendischarsdorf um Erlaubnis zum Ausschank von Wein und Likören in seiner im Grundstück Nr. 26 der Ortsliste für Wendischarsdorf gelegenen Konditorei mangels Bedürfnisses abgelehnt. Hierauf sagte der Bezirksausschuß nach Entschließung auf 6 Besuche um Unterstützungen aus Bezirks- und Stiftungsmitteln und stimmte bezüglich der Verwendung der Ueberflüsse aus der Getreidemagazinerie sowie wegen der Beschaffung eines Wertpapiers für die König-Albert-Stiftung an Stelle eines ausgelassenen und auf ein die Kleinrentnerliste betr. Gesetz der Gemeinde Großhörn die Vorschläge der Amtshauptmannschaft zu und nahm endlich Kenntnis von dem 1. Nachtrag zum Ortsgefeß über die Vereinigung des Ritterguts Raundorf mit der bürgerlichen Gemeinde daselbst, von dem 5. Nachtrag zur Wasserleitungsordnung der Stadt Frauenstein, von der Verordnung der Kreisshauptmannschaft Dresden über die Ueberweisung des Betrages von 2000 M. zu den Kosten der Unterhaltung des hiesigen Bezirksarbeitsnachweises auf das Rechnungsjahr 1921 sowie von der Vereinigung des Rittergutes Bärenklause mit der Gemeinde daselbst.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, den 23. Mai.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anträge. 1. **Abg. Göttele (Komm.)** beklagt über die Auslieferung des Italieners Voltrini und die Verhaftung der Italoener Weglin und Bachl. Die Regierung läßt darauf erwidern, die Auslieferung Voltrinis sei zu Recht erfolgt wegen eines Bombenattentates, dem 30 Menschenleben zum Opfer fielen, das aber mit keinem politischen Vergehen in Verbindung gestanden habe. Die beiden anderen Italiener würden wegen eines ähnlichen Verbrechens verfolgt; das Auslieferungsverfahren käme noch.

Abg. Janßen (D. Sp.) macht darauf aufmerksam, daß die Reichsmonopolverwaltung den Trinfbranntwein viel zu billig, wahrcheinlich sogar mit Schäden verkaufe. Er ersucht zur Antwort, daß die Preise allerdings nicht entsprechend der Teuerung erhöht wurden; das sei aber darauf zurückzuführen, daß die Monopolverwaltung ein großes Lager gehabt und mit sehr geringen Verhältnissen gearbeitet habe.

Abg. Brüninghaus (D. Sp.) erhebt Beschwerde darüber, daß die Besatzungsbehörde die preussische Domäne Armada bei Frauenstein als militärische landwirtschaftliche Schule beschlagnahmt hat. Das stehe im Widerspruch zum Rheinlandabkommen. Ein Regierungsvertreter behauptet das. Der Reichsminister für die besetzten Gebiete hat bei der Rheinlandkommission Protest erhoben; dieser jedoch erfolglos.

Darauf wird die zweite Lesung des Haushalts für das Reichswirtschaftsministerium fortgesetzt.

Abg. Simon-Franken (M. Sp.) geht auf das Verhältniß zwischen ein. Der Mangel an getrockneten Äpfeln habe sich in den letzten Jahren vermindert. Die historische Ausdehnung der Zwangswirtschaft hat den Getreidepreis in Deutschland auf das Maß des Reichespreises heben lassen.

Abg. Dr. Gildemeier (D. Sp.) sieht den Grund für die Weltmarktstille in unserer Erillungslosigkeit, der die Deutsche Volkswirtschaft in kritischer Lage gegenübersteht. Zu der Lähmung unserer Wirtschaft habe auch die Betriebswirtschaft beigetragen. Der Abschubentag ohne Rücksicht auf die Schwere der Arbeit sei unzulässig.

Abg. Dr. Wieland (Dem.) verlangt einen Abbau des Reichswirtschaftsministeriums und baldige Verrückung der Ausfuhrkontrolle, die den Ausfuhrhandel lähme. Nur bei Banntroffen und Papier könne man sie noch beibehalten. Die wichtigste Aufgabe des Ministeriums sei die Hebung der Kohlenförderung.

Abg. Kortmann (Agr.) bedauert das geringe Interesse der großen Masse an Deutschlands Wirtschaft. Der Zerfall des Reiches müsse notwendig mit harten Maßnahmen gebrochen werden. Im Krieg bekam jeder im Volke seinen Zucker; heute haben wir eine Zuckervirtschaftsnot und wieder „Zuckerpaulsen“.

Abg. Göttele (Komm.) läßt scharfe Kritik an unserem heutigen Wirtschaftslieben.

— Berlin, 24. Mai.

Präsident Ebel teilt mit, daß nach dem Vorschlag des Reichspräsidenten die zweite Lesung des Etats bis Sonnabend abend beantragt sein soll, und daß am Montag und Dienstag der nächsten Woche nach der Entgegennahme des ministeriellen Berichts über die Genußkonferenz die große politische Aussprache stattfinden soll. Für Mittwoch sind dann die dritte Lesung des Etats und kleine Vorlagen in Aussicht genommen.

Etat des Reichswirtschaftsministeriums.

Der Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums wird in Verbindung mit den beiden Interpellationen weiterverraten.

Abg. Kossel (Dem.) begründet die Interpellation betonen und fragt, wie weit die Verhandlungen über die endgültige Verrückung der Emier Stelle gediehen seien. Die Gemüngen des Reiches durch die Besatzungsbehörden seien unerträglich, da dürften Kontrollmaßnahmen des Reiches den Verkehr nicht noch mehr erschweren. Auf den Postämtern lässe sich ohne viel Mühe feststellen, woher die Waren kämen, und wohin sie gingen. Andere Stellen zur Kontrolle seien nicht notwendig.

Reichswirtschaftsminister Schmidt beklagt die Schwierigkeiten, unter denen das Rheinland zu leiden habe. Die Regierung habe schweren Herzens den Kontrollmaßnahmen zustimmen müssen, weil durch die Besetzung eine große Menge von Waren nach Deutschland gekommen sei, deren Beschaffenheit für Deutschland volkswirtschaftlich außerordentlich wäre. Eine Kontrolle sei anerkanntermaßen notwendig. Es sei alles getan worden, um Anzuträglichkeiten zu beseitigen, auch habe das Ministerium gemeinsame Richtlinien erlassen. Die Beschwerden würden verschwinden, wenn die Kontrolle den Zollbehörden, wie es beabsichtigt ist, überlassen werde. Wegen der Emier Stelle seien Verhandlungen gepflogen worden, allerdings zunächst ohne bestimmendes Ergebnis. — Die Interpellation ist damit erledigt.

Abg. Partsch (Soz.): Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse müsse bei einer Reorganisierung der Ausfuhrkontrolle beibehalten werden.

Zum Titel „Sozialisierungs-Kommission“ beantragen die Sozialisten, diesen Titel ganz zu streichen, die Sozialisten trennen für die Beibehaltung dieses Titels ein. Die Abstimmung über diese Anträge wird zurückgestellt. Damit ist der Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums erledigt.

Die Etats des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichshofes, der Reichsschuld und der allgemeinen Finanzverwaltung sowie die Haushalte zur Ausführung des Friedensvertrages und für das Auswärtige Amt werden unverändert angenommen.

Darauf verlegt sich das Haus auf Freitag.

Der Zuckerstand.

Deutschland galt in Friedenszeiten als das reichste Zuckerland in der Welt. Seine Zuckerproduktion überstieg erheblich seinen Eigenverbrauch und gestattete ihm darüber hinaus eine sehr beträchtliche Ausfuhr nach England, der Schweiz und anderen Ländern. Und wie steht es heute dagegen mit unserer Zuckerverföhrung? Trotzdem die diesjährige Zuckerernte die Friedensproduktion wieder beinahe erreicht hat, ist der Zucker aus dem regulären Handel verschwunden. Die große Masse der Bevölkerung entbehrt seit einiger Zeit des wichtigsten Nahrungsmittels, nur zu Wucherpreisen ist allenthalben etwas Zucker zu erhalten. Ueber die Gründe für diese Zuckernappheit ist schon viel geredet und geschrieben worden. Niemand will die Schuld tragen, immer schiebt einer dem anderen die Schuld für den Zuckermangel und die Zuckerteuerung zu.

Von den amtlichen Stellen wird erklärt, daß irgenneine Zurückhaltung des Zuckers seitens der Zuckervirtschaftsleute nicht stattgefunden hat. Auch sonst sollen, wie der amtliche preussische Pressedienst aus dem Landwirtschaftsministerium erfährt, bei den Behörden keine Anzeichen dafür vorliegen, daß im Großhandel oder in Fabrikden Zurückhaltungen in größerem Umfange stattgefunden hätten. Wenn trotzdem eine erhebliche Zuckernappheit zu verzeichnen sei, so liegt dies an der allgemeinen Zunahme des Zuckerverbrauchs, die hauptsächlich auf die hohen Fett- und Butterpreise und auf die Zunahme des Verbrauchs an Schokolade, Konfekt und süßen Likören in allen Schichten der Bevölkerung zurückzuführen sei. Hierdurch sei der Zuckerbedarf in Deutschland gegenüber der Vorkriegszeit ganz gewaltig gestiegen, so daß er bald das Doppelte des Verbrauchs von damals erreicht habe.

Ganz davon abgesehen, wen die Schuld an dem Zuckermangel treffen mag, Tatsache ist auf jeden Fall, daß der Reichsernährungsminister mit Rücksicht auf den außerordentlichen Mangel an Zucker, unter dem die Bevölkerung seit einiger Zeit in zunehmendem Maße leidet, die Einfuhr von Auslandszucker bis auf weiteres freigegeben mußte. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß dieser Auslandszucker zum großen Teile verschöner guter deutscher Zucker sein wird, der, ehe er zum inländischen Verbrauch gelangt, vorher ein wenig auf Reisen gegangen ist und den wir jetzt mit entsprechenden Schieber- und Baluta-„Eisen“ belastet, vom Ausland zurückkaufen müssen. Der Preis des eingeföhrten Zuckers dürfte ungefähr 22 bis 24 Mark betragen.

Wie man hört, waren bis zum letzten Augenblick die Zuckervabrikanten gegen die Freigabe der Einfuhr Sturm gelaufen, weil sie darin eine schwere Geföhrdung der deutschen Zuckerindustrie erblickten. Die Zuckerindustrie, die den zahlungsfähigen Schokolade- und Likörfabriken jede Menge von Zucker lieferte, während die Hausfrauen stundenlang vor den Geschäften anstehen müssen, um wenig oder gar keinen Zucker zu erhalten, hatte allen Ernstes an die Regierung das Ansuchen gestellt, auf ausländischen Zucker einen Goldzoll von 1400 Mark für den Doppelzentner zu erheben. Ein Schutz Zoll in dieser Höhe würde natürlich jede Einfuhr des ohnehin teureren Auslandszuckers fast unmöglich machen und ganz automatisch auch auf den Inlandszucker preissteigernd wirken.

In diesen Tagen sollen mit der Regierung Verhandlungen über dieses Verlangen nach einem Schutz Zoll stattfinden, durch dessen Einführung die Bevölkerung noch um einige hundert Millionen mehr ausgepreßt werden würde. Man darf mit Spannung der Entscheidung der Regierung entgegensehen. Es wärd unverantwortlich, wenn die Regierung einem solchen Gebaren Vorschub leisten und den Zuckervabrikanten eine weitere Steigerung ihrer bereits bis auf 40 Prozent angeschwollenen Dividenden ermöglichen würde. Es ist schon an sich ein Skandal, daß es in dem zuckerreichen Deutschland überhaupt so weit hat kommen können, daß die Freigabe der Einfuhr ausländischen Zuckers bei so schlechtem Stande der deutschen Mark nötig war.

Die Pariser Verhandlungen.

Morgan auf der Anleihekonzernz.

In Paris haben die Verhandlungen des von der Reparationskommission einberufenen Bankerausschusses über die große Reparationsanleihe begonnen. Die Bedeutung dieser Konferenz liegt darin, daß der Vertreter des mächtigsten amerikanischen Bankhauses, John Pierpont Morgan, an den Besprechungen teilnimmt.

Ueber die Pläne des Dollarkönigs ist schon viel geredet worden, ohne daß man jedoch bis jetzt etwas Positives wußte. Angeblich soll er zur Vorbedingung jeder finanziellen Unterstützung gemacht haben, daß Frankreich auf alle militärischen Sanktionen verzichtet und die Absicht einer Besetzung des Ruhrgebiets endgültig aufgibt. Was an diesen Gerüchten Wahres ist, läßt sich jetzt noch nicht erkennen. Die nächsten Tage werden darüber Aufklärung bringen.

Ebenso wenig ist bekannt, welche Bedingungen Morgan Deutschland gegenüber für die Gewährung der Milliardenanleihe geltend machen wird. Nach dem Pariser „Matin“ sollen Morgan und andere amerikanische Finanzleute sich darüber einig sein, daß Deutschland zunächst einmal das Gleichgewicht seines Staatshaushalts wiederherstellen und der Notenpresse Halt geboten werden müsse. Auch über diese Punkte dürfte bald Klarheit geschaffen werden.

Vorläufige Einigung in Paris?

Nach Pariser Meldungen soll eine vorläufige Einigung zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes und der Reparationskommission zustande gekommen sein. Auf welche Punkte man sich geeinigt hat, ist nicht bekannt. Die Mission von Dr. Hermes soll damit zunächst abgeschlossen sein. Der Minister werde wahrscheinlich nach Berlin zurückkehren.

Nach dem „Journal“ soll Reichsfinanzminister Dr. Hermes der Reparationskommission zuletzt die folgenden Vorschläge gemacht haben:

Das vorläufige Moratorium müsse in ein endgültiges umgewandelt werden, so daß sich Deutschlands Verpflichtungen endgültig auf 750 Millionen Goldmark Bargzahlungen und 1750 Millionen Sachlieferungen belaufen sollen. Das deutsche Budget wird dreifach gegliedert: Verwaltung, Spezialdienste, Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag. Das Verwaltungsbudget hat einen Ueberschuß von 60 Milliarden Papiermark, das Budget der Spezialdienste wird durch die Erhöhung der Post- und Eisenbahntarife defizitfrei. Die 60 Milliarden Ueberschuß aus dem ersten Budget und 40 Milliarden der inneren Zwangsanleihe werden dem dritten, dem Reparationsbudget zugeführt, beziehungsweise auf den Zinsdienst der Anleihe, wenn sie zustande kommt, umgeschrieben.

Die Maßnahmen einer Finanzkontrolle wären noch zu regeln. Im einzelnen fordert Hermes für Deutschland eine Entschädigungszahlung an die früheren Besitzer der Saarbergwerke, sowie Entschädigungen für Automobilbesitzer, die durch die rasenden Entente-Karos verlernt worden sind. Für den Inhalt dieser Vorschläge muß dem „Journal“ die Verantwortung überlassen bleiben. Das Blatt sagt, daß diese Vorschläge den „vernünftigen Leuten“ durchaus annehmbar erscheinen.

Die Zwangsanleihe.

Annahme des Gesetzes im Reichsrat.
Die Vollversammlung des Reichstages hat den Gesetzentwurf über die Zwangsanleihe in der Ausfertigung angenommen.

Die Regierungsvorlage ist von den Ausschüssen des Reichsrats in wesentlichen Punkten geändert worden, teilweise unter Widerspruch der Reichsregierung. Nach der Vorlage sollte die Anleihe bis zum 31. Oktober 1925 unterzinslich sein. Für die Zeit vom 1. November 1925 bis 31. Oktober 1930 sollte die Verzinsung zwei Prozent und von da ab vier Prozent betragen. Die Ausschüsse haben das dahin geändert, daß unmittelbar nach Abschluß der zinslosen Zeit, also vom 1. November 1925 ab, bereits vier Prozent gezahlt werden.

Die Freigrenze des Vermögens wird allgemein auf 100.000 Mark festgesetzt. Für die ersten 100.000 Mark sollen 1 v. H. und für die nächsten 100.000 Mark 2 v. H. gezeichnet werden. Juristische Personen begünstigt der Reichsrat. Ueberschreitet der Betrag die Schätzung der Reichsregierung auf 60 Milliarden, so soll unter Umständen der einzelne Zahlungspflichtige beanspruchen können, daß der von ihm im Verhältnis zu dem Gesamtergebnis gezeichnete Mehrbetrag zum Nennwert bei der nächsten freiwilligen Anleihe in Schuldverschreibungen dieser Anleihe kostenlos umgewandelt wird.

Das oberschlesische Abkommen.

Vorher erteilte der Reichsrat dem deutsch-polnischen Vertrag über Oberschlesien seine Zustimmung, wobei er ausdrücklich der Erklärung beitrug, die der deutsche Bevollmächtigte, Minister A. D. Schiffer, vor der Unterzeichnung in der öffentlichen Sitzung zu Genua am 15. Mai 1923 in bezug auf die deutsche Rechtsverwahrung gegen die Entscheidung der Postkonferenz vom 20. Oktober 1921 abgegeben hat.

Ein Brief 3 Mark.

Erhöhte Postgebühren ab 1. Juli.

Der Reichsrat beschloß, die Post-, Telegraphen- und Fernsprechtgebühren zu erhöhen. Danach wird das Briefporto im Ortsverkehr für Briefe bis 20 Gramm auf eine Mark ermäßigt; über 20 bis 100 Gramm beträgt es zwei und über 100 bis 200 Gramm drei Mark. Im Fernverkehr wird das Briefporto bis 20 Gramm auf drei Mark erhöht, für Briefe über 20 bis 100 Gramm auf 4 Mark und solche bis 250 Gramm auf 5 Mark. Die Postkarte soll künftig im Fernverkehr 1,50 Mark kosten, dagegen im Ortsverkehr, wie jetzt, 75 Pfg. Für die Drucksachen-Karte fällt die bisherige Sondergebühr weg. Sie unterliegt der Gebühr für Drucksachen bis 20 Gr. Bei Drucksachen bis 20 Gramm bleibt das Porto von 50 Pfg. unverändert, die weiteren Stufen sind 75 Pfg. bei 20 bis 50 Gramm, 1,50 Mark bei 50 bis 100 Gramm, 3 Mark bei 100 bis 250 Gramm, 4 Mark bei Drucksachen bis 500 Gramm und 5 Mark bei 500 Gramm bis 1 Kilogramm. Für Ansichtskarten auf deren Vorderseite höchstens fünf Worte niedergeschrieben sind, wird das Porto von 40 auf 50 Pfg. erhöht; für das Geschäftspapier bis 250 Gr. von 2 Mark auf 3 Mark, bis 500 Gramm auf 4 Mark, bis 1 Kilogramm auf 5 Mark.

Für Pakete werden fünf Gewichtsklassen gebildet statt der bisherigen vier. In der Nahzone beträgt für Pakete bis 5 Kilogramm künftig das Porto statt 6 Mark sieben Mark, bis 7 1/2 Kilogramm statt 10 Mark 12 Mark, bis 10 Kilogramm statt 12 Mark 15 Mark, bis 15 Kilogramm wie bisher 20 Mark und bis 20 Kilogramm 25 Mark. Für Pakete in der Fernzone sollen erhoben werden: bis 5 Kilogramm 14 Mark, bis 7 1/2 Kilogramm 20 Mark, bis 10 Kilogramm 30 Mark, bis 15 Kilogramm 40 Mark, bis 20 Kilogramm 50 Mark. — Briefe nach dem Ausland kosten bis zu 20 Gramm künftig statt 4 Mark 6 Mark. Postkarten nach dem Ausland kosten künftig statt 2,40 Mark 5 Mark. Drucksachen unterliegen für je 50 Gramm einer Gebühr von 1,50 Mark (bisher 0,80 Mark).

Die Postschekengebühren werden derart bemessen, daß für jede Auszahlung durch Ueberweisung auf die Reichsbank ein Fünftel vom Tausend des im Scheck angegebenen Betrages sowie für jede Barauszahlung durch die Zahlfelle eines Postscheckamtes und für die Ueberföhrung eines Schecks durch das Postscheckamt an eine Postanstalt 1 vom Tausend des Betrages erhoben werden. — Die Telegraphengebühr wird beim geschäftlichen Telegramm auf alle Entfernungen auf 1,50 Mark für jedes Wort bemessen. Mindestens kostet ein Ferntelegramm 18 Mark. Im Ortsverkehr soll 1 Mark für jedes Wort erhoben werden, Mindestgebühr 10 Mark. Von Pressetelegrammen wird die Hälfte dieser Gebühren erhoben. Die Fernsprechtgebühren werden um 160 Prozent erhöht. Die neuen Erhöhungen sol-

ten mit Ausnahme der neuen Zettungstarife sämtlich am 1. Juli in Kraft treten.

Das Pensionskürzungs-Gesetz.

Das Kürzungsfreie Arbeitseinkommen.
Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm den Gesetzentwurf über die Pensionskürzung in folgender Fassung an:

§ 1: Bezieht ein Ruhegehaltsempfänger ein Einkommensteuerbares Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung außerhalb des Reichs- oder Landesdienstes im Sinne des § 57, Nr. 2, Abs. 2, des Reichsbeamtengesetzes (Arbeitseinkommen), so wird das Ruhegehalt einschließlich des Steuerzuschlags nach den folgenden Vorschriften gekürzt:

Bis zur Höhe von 60.000 Mark bleibt das Arbeitseinkommen bei der Kürzung unberücksichtigt (Kürzungsfreies Arbeitseinkommen). Die Reichsregierung ist ermächtigt, diesen Betrag bei Verringerung der den Beamten zustehenden Steuerzuschläge entsprechend zu ändern.

Das Ruhegehalt einschließlich des Steuerzuschlags und zwar der Steuerzuschlag zuerst — wird um die Hälfte des Betrages gekürzt, um den das gesamte Arbeitseinkommen das Kürzungsfreie Arbeitseinkommen übersteigt. Die Hälfte des Ruhegehalts ausschließlich des Steuerzuschlags muß jedoch dem Ruhegehaltsempfänger verbleiben.

Eingemäß gelten diese Vorschriften für Wartgeldempfänger, Offiziere und Kapitulanten. Ausgenommen vom Gesetz sind Personen, deren Ueberführung in den dauernden oder einstweiligen Ruhestand nach Vollendung des 60. Lebensjahres wirksam geworden ist. Das Gesetz tritt mit Wirkung von 1. Januar 1923 in Kraft.

Politische Rundschau.

— Berlin, 26. Mai 1923.

Der neuernannte deutsche Gesandte für Warschau, Ulrich Hauser, der während der Dauer der Genuefer Konferenz vertretungsweise die Geschäfte des Reichspressesekretärs geführt hat, begibt sich am Freitag auf seinen Posten.

Das Mitglied der russischen Genuadelegation Litwinow ist in Berlin eingetroffen. Auch Krassin wird auch noch in dieser Woche in Berlin erwartet, während Tschitscherins Abreise aus Genua sich verzögert hat.

Den Beamten der oberschlesischen Abkommungskommission ist die Stellung zum 25. Juni gekündigt worden. Sie werden durch Schutzpolizei ersetzt.

Der Wirtschaftsminister über Genua. Im volkswirtschaftlichen Ausschuss gab der Reichswirtschaftsminister Schmidt einen eingehenden Ueberblick über die Verhandlungen der wirtschaftlichen Kommission auf der Genuefer Konferenz. Von deutscher Seite war vor Anfang an die einseitige Weisbegünstigung des Verfallers Vertrages als ein der Hauptzweck in der Vordergrund gestellt worden. Deutschland sah sich bei diesem für seine künftige Handelspolitik entscheidenden Vorstoß unterstützt von der überwältigenden Mehrheit der Konferenzteilnehmer. Insbesondere England bekannte sich uneingeschränkt zu den liberalen Theorien seiner Vergangenheit. Wenn Deutschland in der nächsten Zeit mit einer größeren Anzahl von europäischen Staaten Handelsabkommen abschließen wird, so werden ihm die Beschlüsse der Genuefer Konferenz eine überaus wertvolle Grundlage für seinen Wiedereintritt als gleichberechtigtes Mitglied der internationalen Wirtschaft sein.

Reichstag und die auswärtige Lage. Der Reichstag des Reichstages hat beschlossen, die Genuadebatte, die oberschlesische Angelegenheit und nach Möglichkeit auch die Debatte über die Reparationsverhandlungen in Paris noch vor Pfingsten zu erledigen. Der Auswärtige Ausschuss soll erst nach der Rückkehr des Ministers Dr. Hermes aus Paris am Freitag und Sonnabend tagen. In diesen beiden Tagen soll im Plenum die zweite Lesung des Etats beendet werden. Die große politische Aussprache im Plenum wird voraussichtlich am Montag und Dienstag der nächsten Woche stattfinden, wobei auch der deutsch-polnische Vertrag über Oberschlesien, der deutsch-russische Vertrag von Rapall und der dänische Handelsvertrag zur Erledigung gelangen werden. Eingeleitet wird die Aussprache durch eine Rede des Reichskanzlers werden. Am Mittwoch den 31. Mai, soll die dritte Lesung des Etats im Plenum stattfinden.

Der Kampf um die Reichsbahn. Der Organisationsausschuß des Reichsverkehrsministeriums hat die Vorschläge des Reichsverbandes der deutschen Industrie zur Sanierung der Reichsbahn abgelehnt. Insbesondere der derzeitigen Lage der Reichsbahn wurde festgestellt, daß die Sachverständigen des Gutachtens nicht zu einer objektiven Darstellung gekommen seien. Vor allem aber sei die statistische Beweisführung sehr einseitig aufgestellt und teils falsch, teils unvollständig ausgewertet. Die Feststellungen der sachlichen Vorarbeiten der Kritik der Denkschrift erschütterte die Grundlagen der im zweiten Teil gemachten positiven Vorschläge für eine Umstellung der Reichsbahn in eine gemeinnützige Gesellschaft mit überwiegender Beteiligung der freien Wirtschaft. Die von der Reichsbahnverwaltung vorgesehenen Maßnahmen hält der Organisationsausschuß nach wie vor für die geeignetsten Grundlagen zu einer nachhaltigen Gesundung der Reichsbahn.

Der Kampf gegen die Schuldfrage. In Halle a. S. haben gleichzeitig in fünf der größten Säle Massenversammlungen stattgefunden, welche auf Veranlassung weitester Bevölkerungskreise zum Protest gegen die Füge von Deutschlands Alleinschuld am Kriege einberufen wurden. An diesen von jeder Parteipolitik freigehaltenen Versammlungen nahmen alle Schichten der Bevölkerung, Wirtschaftsvorstände, Gewerkschaften, Immungen, Angestellte und Beamte in so großer Zahl teil, daß die Polizei sie schon vor Beginn der Vorträge schließen mußte. Die Versammlungen nahmen durchweg einen glänzenden und ungehörigen Verlauf. Einstimmig wurde in allen Sälen eine die Behauptung von der Alleinschuld Deutschlands am Weltkrieg zurückweisende Entschlebung angenommen.

Die internationalen Behörden für Oberschlesien. Nach einer Meldung der polnischen Telegraphenagentur wird gemeldet, daß Calonder, der bekanntlich zum Präsidenten der „Gemischten Kommission“ ernannt worden ist, in diesen Tagen bereits in Oberschlesien eintreffen wird. Die „Gemischte Kommission“ wird ihren Sitz in Katowitz haben. Dem Präsidenten Calonder sind beigegeben je zwei polnische und deutsche Mitglieder. Im Gegensatz zu der „Gemischten Kommission“, die in Polnisch-Oberschlesien tagt, wird die zweite internationale, durch die Genuefer Entscheidung vom 20. Oktober 1921 für Oberschlesien eingesetzte Schiedsstanz, das „Schiedsgericht“, in Deutsch-Oberschlesien, in Weichen, zusammentreten. Zu deren Leiter ist das Mitglied der Rechtsabteilung des Völkerbundssekretariats, der belgische Professor Dr. Kafenbeek, ernannt worden. Neben diesem Präsidenten gehören dem Schiedsgericht an je ein deutscher und polnischer Schiedsrichter, die auf drei Jahre ernannt werden. — Der Abbau der interalliierten Behörden in Oberschlesien beginnt. So wurde sämtlichen Angestellten der Kreisverkehrskommission der interalliierten Kommission zum 25. Juni gekündigt. Man wird nicht fehlgehen, wenn man dieses Stadium als Endtermin der Auflösung der interalliierten Verwaltung in Oberschlesien ansieht. Von der Eisenbahnverwaltung ist die Bestellung von Waggons für den Abtransport der französischen Truppen am 10. Juni gefordert.

Erhöhung der Beschworenen-Entschädigung. Der Reichsjustizminister Radbruch hat im Reichstag den Entwurf eines neuen Gesetzes über die Entschädigung der Schöffen, Beschworenen und Vertrauenspersonen eingebracht. Bisher erhielten die Valenrichter Tagesgelder, die aber durch die Geldentwertung ganz unzureichend geworden waren, der Tageslohn betrug 30 Mark, bei notwendig werdender Uebernachtung 50 Mark. Der neue Entwurf sieht folgendes vor: Die Schöffen und die Vertrauenspersonen des Ausschusses erhalten eine angemessene Entschädigung für den ihnen durch ihre Dienstleistung entfallenden Verdienstausschlag und den mit der Dienstleistung verbundenen Aufwand sowie Ersatz der Fahrtkosten. Die Höhe der Entschädigung und der Fahrtkosten bestimmt die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats durch allgemeine Anordnung. Entschädigung und Fahrtkosten werden nur auf Verlangen gewährt. Die Erneuerung des Gesetzes besteht darin, daß für die Höhe der Entschädigung in erster Linie der Verdienstausschlag maßgebend ist, daneben aber auch der Aufwand für die Ausübung des Ehrenamtes noch vergütet wird.

Die Weltarbeiterkonferenz gescheitert. Im Reichstagsgebäude in Berlin fand zwecks Festlegung des Termins der Weltarbeiterkonferenz eine Sitzung der Reuner-Kommission statt, die sich aus Angehörigen aller drei sozialistischen Internationalen zusammensetzt. Die Sitzung verlief völlig ergebnislos, weil die Kommunisten ihre Teilnahme an einem sozialistischen Weltkongress von Bedingungen abhängig machten, die von Sozialdemokraten und Unabhängigen als unmöglich abgelehnt wurden.

Ein Antrag auf Befolgung der Referendar. Im preussischen Landtag haben sämtliche Parteien mit Ausnahme der U. S. P. und R. P. D. den Antrag eingebracht, das Staatsministerium zu ersuchen, in schleuniger Erledigung darüber einzutreten, wie der Notlage der Referendare auf anderem Wege der Unterstützung begegnet werden kann, insbesondere ob und inwiefern eine feste Befolgung gewährt werden kann.

Der polnische Außenminister Armunt ist in einem Wiener Hotel von drei sozialistisch-ukrainischen Studenten ehemaligen Offizieren der Petljura-Armee, mit faulen Steinen beworfen worden.

Der bisherige Staatskommissar für die Uebernahme der Verwaltung des früheren preussischen Teilgebiets, Blotzinger in Posen, ist zum polnischen Generalkommissar für die Uebernahme der Verwaltung in Oberschlesien ernannt.

Die Abreise der französischen Kommission, die mit der amerikanischen Regierung Verhandlungen über die Zahlung der französischen Kriegsschulden anknüpfen sollte, ist aus Unklarheit der Anwesenheit Morgans in Paris auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Der neuen griechischen Regierung wurde in der Kammer mit 201 gegen 30 Stimmen das Vertrauen ausgedrückt.

Frankreich: Genua vor der Kammer.

In der französischen Kammer hat eine Interpellationsdebatte über die äußere Politik begonnen. Andre Tardieu, den man jetzt in Paris als den Hauptfeind und Nebenbühler Poincarés betrachtet, wandte sich gegen den jetzt aufgestellten Grundsat, daß kein Unterchied zwischen Elegern und Besetzten, zwischen Gläubigern und Schuldnern mehr bestehen soll. Er nannte das den „wirtschaftlichen Materialismus“, zu dem sich Lloyd George bekennt. Dieser Grundsat bedeute die Unterminierung des Versailles Friedens und führe schließlich zur Rektion des Friedensvertrages. Tardieu tadelt es, daß Frankreich die Teilnahme an der Konferenz im Haag nicht abgelehnt habe. Europa und Amerika müßten begreifen, daß Frankreich Forderungen nur bestimmt sind, den politischen und wirtschaftlichen Frieden Europas zu sichern (?).

Bulgarien: Politischer Nord in Sofia.

Der Direktor eines Oppositionsblattes, Grifkom früherer bulgarischer Geschäftsträger in Paris, Bern und Stockholm, wurde nachts in der Nähe seines Hauses ermordet. Die Beweggründe zur Tat, die in allen Kreisen beklaut wird, sind noch unbekannt. Die Mörder sind ergattert.

Irland: Neuer Kampf gegen die Streikfeind.

Am den Plänen der Streikfeind in Nordirland ein Ende zu machen, nahm die Polizei von Ulster auch beherrschte Streifen durch ganz Ulster vor und verhaftete mehrere hundert Streikfeind. Die Regierung von Ulster erklärte in einer Proklamation die Irische Republikanische Armee die Irische Republikanische Freischütz und ähnliche Unruhorganisationen in den sechs Grafschaften von Ulster für gesetzlos. Personen, die ihnen beitreten oder Mitglieder von ihnen bleiben, sollen verhaftet und vor Gericht gestellt werden.

Autarkie innerhalb der Reichsregierung?

— Berlin, 25. Mai. Wie aus parlamentarischen

Kreisen verläutet, haben sich zwischen dem Reichskanzler Dr. Wirth und dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung der Reparationsfrage ergeben. Nach Ansicht des Kanzlers soll der von Hermes in Paris eingeschlagene Verhandlungsweg nicht der in Genua verfolgten Politik der geraden Linie entsprechen. Schon deshalb habe sich die Reise des Ministers Hermes von Paris nach Berlin notwendig gemacht, damit er persönlich Bericht erhalte und so die Reichsregierung ein genaues Bild über die von ihm verfolgten Ziele erhält. Soweit sich die von Hermes verfolgte Politik bis jetzt übersehen läßt, könnte sie leicht zu innerpolitischen Schwierigkeiten führen, die die Reichsleitung um jeden Preis vermeiden will. Wie weit Dr. Hermes von der von Dr. Wirth in Uebereinstimmung mit dem Kabinett verfolgten Linie abzuweichen für nötig hielt, müssen die kommenden Tage ergeben.

Die Reichstagung der Industrie.

Hamburg, 24. Mai. Die Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie wurde mit einem Schlusswort des Vorsitzenden Dr. Sorge geschlossen, der u. a. ausführte: „Sehn Tage trennen uns noch von dem 31. Mai. Wir können nicht übersehen, was sich vor und nach diesem Termin ereignen wird. Die an uns gestellten Forderungen können wir nicht erfüllen. Machtlos, wie wir sind, müssen wir über uns ergehen lassen, was kommt. Aber wir wissen, daß die Räume doch nicht in den Himmel wachsen, und wir hoffen, daß die Drohung mit der Besetzung des Ruhrgebiets nicht zur Ausführung gelangen.“

Der evangelische Kirchenbund.

Wittenberg, 25. Mai. Am heutigen Himmeljahrstage wurde eine für die deutsche evangelische Kirche wichtige Tatsache vollzogen. Durch eine feierliche Proklamation wurde der schon lange geplante „Deutsche Evangelische Kirchenbund“ ins Leben gerufen. Mit ganz wenigen Ausnahmen sind ihm sämtliche evangelischen Kirchen Deutschlands beigetreten.

Lloyd George gegen die Besetzung des Ruhrgebiets.

London, 24. Mai. Der politische Berater des Daily Chronicle meldet, daß Lloyd George die Genua-Debatte im Unterhaus mit einer wichtigen Erklärung über die Konferenz eröffnen werde. Der „Ball Ball Gazette“ zufolge werde Lloyd George ein ernste Warnung an Frankreich wegen der etwaigen Ruhrbesetzung richten. Er würde damit nicht bis zum 31. Mai warten, sondern bereits die Debatte über die auswärtige Politik dazu benutzen, um von dieser Besetzung zu warnen, gegen die Lloyd George sich ebenso wende, wie alle Mitglieder des englischen Parlamentes.

Rismet.

Roman von Max von Weizsäcker.

(3. Fortsetzung.)

Einem Moment lang rang sie nach Atem, als er mit großer Lebhaftigkeit diese Worte hervorstieß, dann entgegnete sie, sich zu einer fast unnatürlichen Ruhe zwingend:

„Die Entscheidung über das, was die Zukunft in sich birgt, liegt bei Ihnen, Baron, ich sehe es nur als meine Pflicht an, Ihnen unumwunden zu sagen, daß, wenn ich Ihre Werbung annehme, es nur geschieht, um eine Dankeschuld abzutragen, der meine Mutter nicht auf andere Weise nachzukommen versteht, und so viel ich den Reden meiner Mutter entnehmen konnte,“ sagte sie mit aufsteigender Bitterkeit hinzu, „bin ich der Kaufpreis, der dafür bezahlt werden soll.“

„Mein gnädiges Fräulein,“ entgegnete Haffow, „nicht ohne eine gewisse Würde,“ Sie fassen die Situation vom schroffsten Standpunkt aus ins Auge, es war mir allerdings eine Freude, Ihrer Frau Mutter in schwerer Zeit helfend zur Seite stehen zu können, aber es geschah dies, ohne daß ich dafür irgendein Versprechen, irgendeine Entschädigung verlangt haben würde. Einzig und allein um Ihrer Frau Mutter und indirekt auch Ihren Sorgen abzunehmen.“

„Mag sein. Aber die moralische Verpflichtung, mit der ich mich dadurch belastet fühle, wird dadurch nicht geringer und es paart sich mit dieser noch ein weiterer, erschwerender Umstand. Ich bin nicht das junge, sorg- und gedankenlos dem Leben entgegenstrebende Geschöpf, für welches Sie mich möglicherweise halten; eine herbe Lebensenttäuschung, ein zerschellter Liebesstraum liegt hinter mir. Ich habe mit der Allgewalt meines Herzens einen Mann geliebt, der mich schände verlassen hat, in der Stunde, in der Götin Fortuna mir den Rücken wandte. Ich sehe es als meine Pflicht an, Ihnen das offen und ehrlich zu sagen, damit Sie sich keinen Illusionen hingeben und mir niemals den Vorwurf machen können, daß ich Sie getäuscht oder hintergangen hätte. Ein gewisses Dankgefühl wäre es, welches mich zu dem Entschlusse bringen könnte, Ihnen meine Hand fürs Leben zu reichen, aber dieses Empfinden hat nichts gemein mit der Neigung, die der Mann berechtigt ist, von dem Weibe zu fordern, das sich ihm zu eigen gibt.“

Eduard von Haffow hatte anscheinend mit Aufmerksamkeit und mit ernster Miene den Worten gelauscht, die mit einer immer steigenden Lebhaftigkeit auf Walfis Lippen traten. Als sie jetzt schwieg und ihm mit einer gewissen ängstlichen Spannung in die Augen sah, fühlend, daß die nächsten Minuten den Urteilspruch über ihr Leben bringen mußten, sprach er mit einer Ruhe, die vielleicht etwas zu gekünstelt war, um vollständig echt zu sein:

„Ich danke Ihnen, daß Sie klar und rückhaltlos gesprochen haben, und ich begreife, daß dies der einzige Weg zu einer wechselseitigen Verständigung sein muß, die wir als die Basis für kommenden Glück betrachten können, wenn auch die Möglichkeit, an ein solches zu glauben, Ihnen jetzt noch vollkommen unfaßlich erscheint. Seien Sie überzeugt, daß ich das Vertrauen und die Offenheit zu schätzen weiß, mit denen Sie zu mir gesprochen haben. Das, was hinter Ihnen liegt, was ich deutlich erkenne, Ihnen heute noch Kummer und Leid bereitet, werde ich sicherlich niemals berühren, ich werde Ihnen Zeit lassen, über das Leid der Vergangenheit hinwegzukommen, weiß ich doch,

daß Sie viel zu edel denkend und rechtschaffen sind, um, wenn Sie neue Bande knüpfen, diesen nicht trennen zu bleiben. Ich werde Ihnen nicht von meiner Liebe sprechen, weil ich zu stolz bin, sie einer Frau auszudrücken, die nicht danach begehrt; ich biete Ihnen daher einstellend nur den Schutz meines Namens, meiner gesellschaftlichen Stellung, meines Vermögens und will in Ruhe warten, bis jene Stunde schlägt, in der Sie mir selbst sagen werden, daß Sie nicht nur dem Namen nach, sondern auch mit dem Herzen die Weibens werden wollen. Heute, in dieser ersten Stunde, sage ich Ihnen unumwunden, daß ich Sie liebe, meine Gemahlin aber wird dieses Geständnis erst dann vernehmen, wenn ich glauben werde, Ihrer Neigung sicher sein zu können. Ich sehe gegenwärtig in Ihnen nur die Dame, welche sich dazu herbeiläßt, die Repräsentantin meines Hauses zu sein, der ich Ehrerbietung und vollstes Vertrauen entgegenbringe, alles Weitere liegt in Schoße der Zukunft begraben und muß sich erst nach und nach gegenwärtig entwickeln. Der Alltag kann kein Sonntag sein! Nun stehe ich noch im Zeichen des Alltags und harre des Sonntags, der früher oder später ja doch hereinbrechen wird, um mich mit seinem wärmenden Strahl zu beglücken. Das fühle und empfinde ich mit einer überwältigenden Deutlichkeit, die sich auch von den grauen Nebelschleiern der Gegenwart nicht hinwegscheuchen läßt.“

(Fortsetzung folgt.)

Volkswirtschaft.

Berlin, 24. Mai. (Börse). Die Meldung, daß die Pariser Reparationsverhandlungen zu einer vorläufigen Einigung geführt hätten, rief am heutigen Devisenmarkt stärkeres Angebot hervor. Die Kurse waren weiter rückgängig. Am Effektenmarkt herrschte völlige Geschäftstillle.

Der Stand der Markt. Es folgten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	24. 5.	23. 5.	1914
100 holländische Gulden	11385	11760	167,- M.
100 belgische Franken	2441	2516	80,- „
100 dänische Kronen	6277	6441	112,- „
100 schwedische Kronen	7565	7830	112,- „
100 italienische Lire	1503	1548	80,- „
1 englischer Pfund	1302	1345	20,- „
1 Dollar	292	301	4,40 „
100 französische Franken	2651	2721	80,- „
100 schweizerische Franken	5602	5762	80,- „
100 tschechische Kronen	555	575	- „

Gedenktafel für den 26. Mai.

1521 Luther wird in die Reichsacht gelan — 1811 Sieg der Preußen über die Franzosen bei Hagenau — 1831 Die Russen schlagen die Polen bei Ostrolenta — 1849 * Der Kaiser Dubert v. Deskonner zu Baal in Bayern (* 1914) — 1904 † Der Ingenieur Friedrich Siemens in Dreden (* 1826) — 1920 † Der Hamburger Reeder Eduard Wocwemann.

10 Pfg. für eine unfrankierte Postkarte. Die Preise für veräußerte unfrankierte Postdrücke hat die Reichspost bei einfachen Karten auf 10 Pfg. für das Stück erhöht. Es gilt dies für Postkarten, Paletkarten, Postauftragskarten zur Annahmehinholung und Postanweisungen, auch für das Ausland. Doppeltkarten zur Gebelnsatzung, Postprotokollauftragskarten, Nachnahme-Paletkarten und Nachnahmekarten mit anhängender Postanweisung sowie Zustellungsurkunden kosten 20 Pfg.

Letzte Nachrichten

Ein Teil der Amerikaner soll am Rhein bleiben.

Paris, 24. Mai. Das Mitglied des amerikanischen Kongresses Menon, der in den letzten Tagen die amerikanischen Truppen in Koblenz inspizierte, erklärte vor seiner Abreise aus Antwerpen: „Als ich mich noch in den Vereinigten Staaten befand, konnte ich nicht einsehen, aus welchem Anlaß die amerikanischen Truppen weiter am Rhein bleiben sollten. Seit meiner Ankunft in der amerikanischen Zone weiß ich, daß die amerikanischen Truppen weiterhin am Rhein bleiben sollten. Sie üben großen Einfluß in der besetzten Zone aus und bilden einen bedeutenden Faktor für die unruhigen Elemente von Europa. Es besteht keine dringende Notwendigkeit, diese Streitkräfte nach Hause zu berufen, sondern es ist besser, wenn sie in Europa bleiben.“

Die entscheidenden Kabinettsberatungen.

Berlin, 26. Mai. Gestern abend 1/7 Uhr trat das Reichskabinett unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Wirth zu der bereits angekündigten Sitzung zusammen. Außenminister Dr. Rathenau erstattete ausführlich Bericht über den Verlauf der Genuefer Konferenz, insbesondere über die Kommissionsberatungen sowie über den Rapallo-Vertrag. Den Rapallo-Vertrag unterzog Dr. Rathenau einer eingehenden Prüfung, bei der er besonders die Vorteile des Vertrages unterstrich und zugleich die gegen den Vertrag geltend gemachten Bedenken widerlegte. Das Gesamtresultat des Rapallovertrages und der übrigen Vereinbarungen der Genuefer Konferenz beurteilte der Außenminister darauf positiv. Reichskanzler Dr. Wirth ergänzte im Anschluß an die Ausführungen des Außenministers die von diesem gebotenen Darlegungen. Am 8 Uhr trat eine kurze Unterbrechung in der Kabinettsitzung ein. Reichsfinanzminister Dr. Hermes hatte an den ersten Beratungen noch nicht teilgenommen. Um 1/9 Uhr trat das Reichskabinett dann erneut in die Sitzung ein, um den Bericht des inzwischen erschienenen Reichsfinanzministers entgegenzunehmen.

Die Kabinettskrise besiegelt.

Berlin, 26. Mai. Von ausländischer Seite wird auf Anfrage, ob die Kabinettsmitglieder mit der Tätigkeit des Reichsfinanzministers in Paris einverstanden seien, erklärt, daß die Mitglieder der Regierung im großen und ganzen zustimmen würden. Es handele sich nur um die Modifikation einzelner Punkte. Das Berliner Tageblatt teilt mit: Sicher sei, daß verschiedene persönliche Differenzen zwischen Dr. Wirth und Dr. Hermes bestehen. Der Reichskanzler ist indessen nicht geneigt, sich von persönlichen Momenten bestimmen zu lassen. Er legt ebenso wie das Kabinett Wert auf die Klärung der sachlichen Meinungsverschiedenheiten. Die von verschiedenen Zeitungen bereits verbreitete Meldung, daß er mit dem Rücktritt gedroht habe, wird vom Reichskanzler streng in Abrede gestellt. Es läßt sich schon jetzt sagen, daß die Gefahr einer großen innerpolitischen Krise überwunden zu sein scheint. Besonders der Reichspräsident hat sich um den Ausgleich bemüht, da wir weniger denn je unmittelbar vor einer großen außerpolitischen Entscheidung eine Kabinettskrise erleben könnten.

Freie Indereinfuhr.

Berlin. Die amtliche Freigabe der Indereinfuhr aus dem Auslande hat in fast geheimnisvoller Weise innerhalb 12 Stunden ein Massenangebot an Zucker zur Folge gehabt. In Moabit und Charlottenburg zeigten Dienstag früh die Lebensmittelgeschäfte bereits durch Ausschlag an, daß am Nachmittag der Verkauf von „Auslandszucker“ an die Kunden in vorläufig nicht beschränkter Höhe beginnt.

Kirchen-Nachrichten.

Sonntag Gebraut, den 28. Mai 1922.

Lezt: Ephezer 2, 4-10. — Lied: 418.
Epphorie: Kirchenstation in Dreitenau.
Dippoldiswalde. 8 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl der Sakristei. Pfarrer Rosen. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Rosen. 11 Uhr Gottesdienst im Wettinplatz: Pfarrer Rosen.
Hennersdorf. 9 Uhr Eröffnungsgottesdienst des Konfirmantenunterrichts. 10 Uhr Kindergottesdienst.
Schönsfeld. 9 Uhr Gottesdienst: Kantor Preßler.
Johnsbach. 1/9 Uhr Predigtgottesdienst: Cand. rev. m. G. Pollack.
Ripsdorf. 1/10 Uhr Predigtgottesdienst. 1/11 Uhr Kindergottesdienst: Pfarrer Fischer.
Dessa. 9 Uhr Predigtgottesdienst.
Reichardt. 2 Uhr Predigtgottesdienst mit anschließender Abendmahlfeier.
Ruppendorf. 1/9 Uhr Predigtgottesdienst mit anschließender Abendmahlfeier: Pfarrer Herz. 3 Uhr Abendmahlfeier in Wessau. Dann Hauskommunion.
Sabisdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst.
Schellerhan. 3 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Fischer.
Ripsdorf.
Seifersdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Wettervorhersage.

28. Mai: Sonne, teils Wolken, angenehme Luft.
29. Mai: Heiter, warm, nachts kühl, stichweis Gewitter.
30. Mai: Wenig verändert.
31. Mai: Sonne, teils wolkeig, ziemlich kühl.
1. Juni: Heiter mit Wolken, warm, stichweis Gewitter mit Regen.
2. Juni: Heiter, warm, etwas Regen, nachts kühl.
3. Juni: Wenig verändert.

Turnverein Obercarsdorf (O. T.)



Sonntag den 28. Mai

Turnhallen- u. Platzweihen

Sonntag den 27. Mai 8 Uhr Begräbnisabend. — Sonntag den 28. Mai 8-12 Uhr Jahreshauptversammlung. — 2 Uhr Festzug, anschließend Weite der Halle. — Ab 3 Uhr allgemeine Bezirkshauptversammlung mit Vortragsvorführungen. — Ab 5 Uhr

großer Festball in „Frankenmühle“

Überdorsdorf und Gasthof Obercarsdorf.

Alle Freunde des Turnens ladet hierzu herzlich ein der Turnrat

Ia. Mähmesserschleifsteine

sind eingetroffen. Bei Bedarf bitte der hohen Fracht und Verpackungsspesen halber dieselben selbst abholen.

Bernhard Burkhard, Cunnorsdorf b. Glashütte.

Unsern verehrlichen Interenten von Glashütte, Luchau, Cunnorsdorf und Umge geben wir hierdurch bekannt, daß die

Annahmestelle für Inserate

bei Herrn

Buchbindermeister Schubert

in Glashütte

nach wie vor besteht und bitten wir, geschätzte Aufträge bald abgeben zu wollen.

Verlag der „Weißeritz-Zeitung“.

Frischen Spargel bei Bruno Homann.

2 Jauchenfässer mit 12-14 und 3-4 Zober In-

halt verkauft Baumkletter Holz. (Bestellung kann in Kolonie Waldhölzle, Post Oberdörsdorf, erfolgen.)

Gausburche

für 10'ort geucht. Ladenmühle Bierbierung.

Aufwartung

für vormittags gesucht. Frau Marchner.

Fahrrad,

ev. auch defekt, zu kaufen gesucht. Offerten mit Preis u. „3 R.“ an die Geschäftsstelle.

Unmoderne

Hüte

werden wieder auf neu vorgezeichnet in der

Färberei Kunst.

Schlesischer

Stückkalk

zum Bauen und Düngen ist eingetroffen

Bau-Deich.

Tippoldiwalde,

am Bahnhof

Hirschfelder

Braunkohle,

gut heizfähig, marienfrei, gibt jedes Quantum äußerst billig ab

Stumpoll,

Buschmühle-Schmiedeburg

Reichsvereinigung ehemal.

„Arien“ gefangen.

Ortsgruppe Dippoldiswalde. Sonntag den 27. 5. abends 8 Uhr

Verammlung

im Amts Hof. Da sehr wichtige Angelegenheiten zur Beratung kommen, ist das Erheinen aller Kameraden erforderlich.

Frauenverein

Bärenfels u. U.

Sonntag abends 8 Uhr

Bäckerei Landert.

Gummimantel

für Herren, neu 1100 M. an

Gehrocken, f. neu 150 „ „

Jackettanzüge, neu 1900 „ „

Wäster-Hosen, neu 30 „ „

Engl. Leberpol, neu 250 „ „

Bandierherol, neu 400 „ „

Woh-Sportpol, neu 40 „ „

Woh-Sportpol, neu 35 „ „

Freiholen, neu 15 „ „

Burich-Jack. M. Wfl. 40 „ „

Sommerjoppen, alle Farben 207 „ „

Garnsch. braun, neu 450 „ „

Wfl. Strick, neu 650 „ „

Wfl. Schube, neu 400 „ „

Dittrich,

Freiberg Sa., Kirchhöfen 1, 1, beim Obermarkt. Rein Lebert.

Herrliche Locken

erzeugt Lockenwässer, „Joma“, eine Heberzeugung für J. Dame. Zu haben bei Hermann Lommigk, Droge-Handlung, Dippoldiswalde.

Dittrich, Freiberg Sa., Kirchhöfen 1, 1, beim Obermarkt. Rein Lebert.

Dittrich, Freiberg Sa., Kirchhöfen 1, 1, beim Obermarkt. Rein Lebert.

Dittrich, Freiberg Sa., Kirchhöfen 1, 1, beim Obermarkt. Rein Lebert.

Dittrich, Freiberg Sa., Kirchhöfen 1, 1, beim Obermarkt. Rein Lebert.

Dittrich, Freiberg Sa., Kirchhöfen 1, 1, beim Obermarkt. Rein Lebert.

Dittrich, Freiberg Sa., Kirchhöfen 1, 1, beim Obermarkt. Rein Lebert.

Dittrich, Freiberg Sa., Kirchhöfen 1, 1, beim Obermarkt. Rein Lebert.

Dittrich, Freiberg Sa., Kirchhöfen 1, 1, beim Obermarkt. Rein Lebert.

Dittrich, Freiberg Sa., Kirchhöfen 1, 1, beim Obermarkt. Rein Lebert.

Dittrich, Freiberg Sa., Kirchhöfen 1, 1, beim Obermarkt. Rein Lebert.

Dittrich, Freiberg Sa., Kirchhöfen 1, 1, beim Obermarkt. Rein Lebert.

Dittrich, Freiberg Sa., Kirchhöfen 1, 1, beim Obermarkt. Rein Lebert.